

Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Mein Name ist Reinhard Frankl, über 20 Jahre war ich hier im Kreisvorstand der GEW und im DGB Kreisvorstand.

„Die Agenda 2010 ist der größte Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten in der Nachkriegsgeschichte. Noch stärkere Angriffe werden folgen.“ - Das sagte Rainer Roth – damals Professor für Sozialwissenschaften an der FH Frankfurt – auf der Demo der Hunderttausend am 1. November in Berlin. Unter der Parole: „Alle gemeinsam gegen den Sozialkahlschlag!“ Vor 23 Jahren. Und er hatte Recht.

SPD-Ex-Kanzler Scholz hat die Zeitenwende ausgerufen. Damit startete er erneut einen **Frontalangriff auf die Lebenslagen der Klasse der Lohnabhängigen**. So Ulrike Eifler, IGM Würzburg.

Die Merz-Regierung treibt die Maßnahmen ins Unermessliche.

Wir müssen diesem Sozialkahlschlag geschlossen entgegentreten.

Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Reformen sollen einmal Erreichtes verstärken. Wir erleben keine Reformen! Das ist radikaler Abriss alles bisher Erreichten! Um nur auf einen Punkt näher einzugehen: Kanzler Merz sieht die gesetzliche Rentenversicherung künftig nur noch als eine Basisabsicherung. Wer seinen Lebensstandard im Alter sichern wolle, der müsse stärker auf kapitalgedeckte betriebliche und private Vorsorge setzen. Dem ehemaligen Blackrock-Manager geht es – wie damals Rürup, Riester & Co. – nicht um die Stabilisierung der Rentenkasse. Es geht ihm um ihre weitere Destabilisierung zugunsten privater Versicherungen. Von uns Kritikern der deutschen Rentenpolitik wurde das **österreichische Rentenmodell** bevorzugt. Ist dort etwa der Sozialismus ausgebrochen? Nein! Alle Erwerbstätigen wurden einfach in eine Rente zusammengefasst. Ergebnis: In Österreich sind die Renten ungefähr um ein Drittel höher als in Deutschland. Die Kapitalseite wischt dieses Modell vom Tisch: es habe auch Nachteile und wir würden uns da nur die Rosinen herauspicken. Sie stellen nun das **Schwedenmodell** dagegen: die schwedischen Rentnerinnen und Rentner erhalten aus verschiedenen Gründen in der Tat eine deutlich höhere Rentenleistung als die Deutschen - knapp 80 Prozent des Nettolohns.

Wollen Merz und der BDA das wirklich? Mitnichten! Sie sind es, die sich nur **eine Rosine herauspicken**, und die nur in faulem Zustand. Die Rosine heißt **Einstieg in eine obligatorische kapitalgedeckte Rente**. Sie haben das Ziel, das bewährte gesetzliche Umlageverfahren zu schwächen und Bundeszuschüsse einzusparen. Die Autorin einer aktuellen Studie des Münchner ifo-Instituts jedenfalls verweist auf einen solchen Effekt: „Ohne strukturelle Reformen wird der Bund dauerhaft mehr Geld für die gesetzliche Rente bereitstellen. Das verengt den Spielraum für zukunftsgerichtete Ausgaben im regulären Haushalt.“ Was sind denn das für „zukunftsgerichtete Ausgaben“, von denen sie da spricht?

Und jetzt sind wir beim Elefanten im Raum.

Es sind die **Kriegsvorbereitungen**, die Kosten für die in der bundesdeutschen Geschichte nie dagewesene Hochrüstung. Ohne Not und auf Basis einer propagandistischen Bedrohungslüge hat die Bundesregierung die Erfüllung des Ausgaben-Ziels für die NATO beschlossen. Übrigens Monate vor dem 24. Februar 2022. Daraus folgt nun, dass die Bedienung der Hundert-Milliarden-Kredite für Rüstung ab 2030 nahezu die Hälfte des Bundeshaushaltes verschlingen wird. Unter dem Druck der Kriegsvorbereitungen greifen die Herrschenden immer dreister an. Mit den Großmachtzielen im Osten. Das ist aus meiner Sicht die Ursache des Sozialabbaus. Er treibt immer mehr Menschen den Rechten in die Arme. Die wachsenden Sorgen vieler Menschen brauchen eine Perspektive der Gegenwehr. Und die kann und darf nur links sein! Lasst uns diese Gegenwehr weiter ausbauen! Schluss mit den wahnsinnigen Kriegen und Kriegsvorbereitungen! Friedensbewegte, Umweltbewegte, Engagierte gegen Rechts und in Gewerkschaften - alle gemeinsam gegen Sozialkahlschlag und Militarisierung! Wir hören von gewaltigen Aktionen der Gegenwehr in verschiedenen Ländern. Von Massendemonstrationen in Spanien, Portugal, Frankreich, England. Von der Weigerung der Hafentarbeiter, Schiffe mit Waffen zu beladen – sei es mit Ziel Ukraine oder Israel. In Italien. In Griechenland. Aber warum soll das nur dort gehen? Auch wir hier müssen gegen Aufrüstung und Militarisierung in Aktion kommen. Gerade auch in den Bildungseinrichtungen. Gegen den wachsenden Einfluss des Militarismus, der sich wieder in die Lehrinhalte einzuschleichen droht.

Wir stehen fest an der Seite der Schülerinnen und Schüler im Schulstreik!

Bereiten wir mit diesen Perspektiven hier den Antikriegstag im September vor. Im Herbst sind bundesweit große Demonstrationen geplant. Am 3. Oktober wieder in Berlin und Stuttgart. Für den 10. Oktober sind Menschen aller Länder zu einem Anti-Kriegstag auf die Straßen gerufen.

Am letzten Wochenende im Juli findet die diesjährige Gewerkschaftskonferenz für den Frieden statt. Gar nicht weit weg: in Würzburg.

Wir sehen uns!